

Weg von der Luxuslösung

Regierung kündigt Sparkurs an – Konkretes legt sie (noch) nicht auf den Tisch



Präsentierten gestern die Finanzplanung 2010–2014: Regierungschef Klaus Tschüscher, Peter Mella (Leiter Amt für Personal und Organisation) und Thomas Lorenz, Leiter der Stabsstelle Finanzen (von links).

VADUZ – Die Regierung Tschüscher plant einen harten Sparkurs. Bis 2014 will sie 160 Millionen Franken an Ausgaben und Subventionen streichen. Der Rotstift soll bei Verwaltung, Gemeinden wie auch Sozialleistungen angesetzt werden.

• Kornelia Pfeiffer

Die Krise macht Sparen (auch) für die liechtensteinische Politik populärer. Was in den fetten Jahren, als die Steuereinnahmen sprudelten, auf wenig Verständnis gestossen wäre – gehört heute zum Programm. Am Mittwoch kündigte Regierungschef Klaus Tschüscher denn auch einen konsequenten Sparkurs an. Nicht zurück, sondern in die Zukunft wolle er beim Projekt «Sanierung Staatshaushalt»

schauen. Im Dezember soll der Landtag über erste Sparmassnahmen entscheiden. Für die erste Jahreshälfte 2010 sei ein erstes grosses Massnahmenpaket geplant.

Auch Gemeinden gefordert

Eine Haushaltslücke von mindestens 160 Millionen Franken stellt die Regierung in ihrer Finanzplanung 2010 bis 2014 fest. Die Prognose geht davon aus, dass die Staatskosten pro Jahr um 1,3 Prozent im Durchschnitt wachsen, die Steuereinnahmen und Erträge aber nur um 1,1 Prozent. Ohne Gegensteuer würde die Finanzierungslücke in fünf Jahren auf über 800 Millionen Franken ansteigen. Dies würde die staatlichen Reserven von derzeit 1,5 Milliarden Franken zu einem Grossteil auffressen. «Wir müssen von der Luxuslösung zur

Wohlstandlösung und dann zu einer verträglichen Lösung kommen», sagt der Regierungschef.

Die Regierung Tschüscher will bis 2014 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen und eine Staatsreserve ausweisen, die ein bis drei Mal so hoch sein soll wie die Staatsausgaben. Zudem will sie die geplante Steuerreform im Frühjahr 2010 vors Parlament bringen und mit der «Initiative Neugeschäft» die Einnahmen des Staates aufbessern. Ehrgeizige Ziele, «die auch wehtun» werden, gibt sich der Regierungschef fordernd. Und dazu werde nun auch der Landtag mit in die Verantwortung genommen. Zum ersten Mal will eine Regierung dessen ausdrückliche Zustimmung zur Finanzplanung. Dem dürfte angesichts der VU-Mehrheit im Landtag auch kaum etwas entgehen.

Nichts und niemand soll vom Sparkurs ausgeklammert sein. Nicht die Gemeinden, nicht die Subventionen für Renten und Spitäler, nicht die Verwaltung. Sechs Unterprojekte soll das Sanierungsprojekt umfassen.

Keine Inhalte oder Zahlen

Konkrete Inhalte und Zahlen aber wollte oder konnte der Regierungschef nicht auf den Tisch legen. Ausser: Zum Personalstopp kommt neu die Bereinigung der nicht ständigen Stellen beim Staat. Die soll es künftig nur noch für zeitlich befristete Projekte geben. Zurzeit gibt es 89,75 solcher Stellen. 21 werden nicht mehr oder nur noch ein Mal verlängert, rund dreiviertel werden zu ständigen Stellen umgewandelt. Auf den Haushalt habe das keine Auswirkungen.